



Beschlussvorlage BV 107/2019 (KT)

Haushalt 2020

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Kappung der Gäubahn in Stuttgart-Vaihingen

Beratungsfolge	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag – Vorberatung –	09.12.2019	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Zu dieser Thematik wird ein Verkehrssachverständiger zu der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses eingeladen und anschließend ggf. eine Resolution verabschiedet.

Finanzielle Auswirkungen:



Keine



Ja

Fachamt: Amt für Ordnung und Verkehr

Zum TOP eingeladen:

Peter Kuptz, Amtsleiter Amt für Ordnung und Verkehr

Oliver Valha, Sachgebietsleiter ÖPNV

I. Worum geht es?

Im Rahmen der Bauarbeiten von Stuttgart 21 ist folgendes Szenario absehbar: Durch den Rückbau des Gleisvorfeldes des alten Hauptbahnhofes ist es nicht mehr möglich, dass die Züge über die sogenannte Panoramabahn zum Hauptbahnhof durchfahren können. Auch die Strecke über den Flughafen zum neuen Tiefbahnhof kann noch nicht bedient werden, da der Flughafenbahnhof erst später fertiggestellt werden wird. Dadurch wird es in einem noch nicht näher definierten Zeitraum der Fall sein, dass Züge in Stuttgart-Vaihingen Endstation haben und die Reisenden in Richtung Hauptbahnhof/ Innenstadt Stuttgart auf S-Bahnen umsteigen müssen.

II. Sachverhalt

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, das Schreiben der (Ober)bürgermeister der Gemeinden von Böblingen, Herrenberg, Horb und Sindelfingen sowie von Aidlingen, Altdorf, Bondorf, Dettenhausen, Ehningen, Eutingen im Gäu, Gäufelden, Hildrizhausen, Holzgerlingen, Jettingen, Mötzingen, Nufringen, Schönaich, Steinenbronn und Weil im Schönbuch an Herrn Minister Hermann zu unterstützen.

Ein Votum des Kreistags zur Unterstützung dieses Schreibens durch die Verabschiedung der folgenden inhaltsgleichen Resolution soll herbeigeführt werden:

Der Kreistag von Freudenstadt unterstützt - wie auch der Kreistag von Böblingen - das Schreiben der (Ober)-bürgermeister der oben genannten Städte und Gemeinden. Mit Sorge sieht auch der Kreistag die Entwicklungen an unserer Bahn- und Autobahn-Infrastruktur. Der Kreistag betont, dass er den Ausbau der Autobahn A81 und die anstehenden Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr sehr begrüßt. Diese sind erforderlich, um unsere Infrastruktur in einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas an die heutigen und zukünftigen Bedarfe anzupassen. Er sieht jedoch Probleme in der zeitlichen Überlagerung des Ausbaus der A81 mit der Kappung der Panoramastrecke für die Gäubahn im Zuge von Stuttgart 21. Dies hat zur Folge, dass die Gäubahn bis zur Eröffnung der neuen Streckenführung über den Stuttgarter Flughafen in Vaihingen enden wird. Nach Aussage des Bahn-Reports bedeutet dies für etwa 8.000 Fahrgäste für ca. drei Jahre eine erhebliche Reisezeitverlängerung. Da die S-Bahnen auf dem Streckenabschnitt ab Vaihingen in die Stuttgarter Innenstadt bereits jetzt eine hohe Auslastung aufweisen, ist eine Verlagerung einiger Fahrten auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu erwarten. Hinzu kommt, dass die Panoramastrecke nicht nur von der Gäubahn genutzt wird, sondern bei Störfällen im S-Bahntunnel auch von den S-Bahn-Linien S1, S2 und S3. Nach Angaben der DB AG wird die Tunnelstrecke etwa 200 Mal im Jahr gesperrt. Die Panoramastrecke stellt dabei die einzige Umfahrstrecke für diese Linien zwischen Vaihingen und Stuttgart Hauptbahnhof dar. Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg Winfried Hermann MdL Dorotheenstraße 8 70173 Stuttgart - 2 - Zusätzlich zu den 8.000 Fahrgästen der Gäubahn sind somit auch etwa 40.000 Pendelnde, die täglich zwischen Vaihingen und Stuttgarter Innenstadt den Schienenverkehr nutzen, von der Sperrung der Panoramastrecke betroffen. Es ist zu befürchten, dass durch die lang anhaltenden Unannehmlichkeiten im öffentlichen Verkehr Pendlerinnen und Pendler langfristig auf den MIV umsteigen. In dem Zeitraum ab der Sperrung der Pano-

ramastrecke bis zur Neueröffnung des Fildertunnels müssen bei einer Tunnelsperrung die Fahrgäste auf die Straße verlagert werden, da keine Umfahrstrecke für die S-Bahnen besteht. Dies ist jedoch gerade zu Zeiten des Autobahnausbaus nicht tragbar, da die Kapazitäten der Autobahn bei einer täglichen Verkehrsbelastung von über 140.000 Fahrzeugen pro Tag bereits heute schon erschöpft sind. Für Pendelnde werden somit beide Möglichkeiten, die Bahn- und Autobahninfrastruktur entlang der Trasse der Gäubahn bzw. der Autobahn A81 in die Stuttgarter Mitte, stark eingeschränkt. Lange Staus, Verspätungen und Zugausfälle sind die Folge, weil die Kapazitäten auf der Schiene und auf der Straße erschöpft sind. Wir halten diese Situation für einen Zeitraum von rund drei Jahren für kritisch, wenn nicht gar gefährdend für unsere Wirtschaftsstandorte, da wir auf eine funktionierende Infrastruktur für die Pendelnden und für die eigene Bürgerschaft angewiesen sind. Der Kreistag bittet daher um eine Stellungnahme aus Ihrem Hause, wie eine Interimslösung geschaffen werden kann, welche die Unterbrechungszeit der Schienenstrecke zwischen Vaihingen und Stuttgart Hauptbahnhof für die Gäubahn möglichst kurz hält. Der Kreistag geht davon aus, dass die Fahrgastzahlen künftig zunehmen werden. Das Verkehrsministerium hat das Ziel ausgerufen, die Fahrgastkilometer bis 2030 im Vergleich zum Referenzjahr 2010 zu verdoppeln. Die geplante neue Streckenführung der Gäubahn über den Stuttgarter Flughafen und den Fildertunnel soll vom Fern-, Regional- und S-Bahn-Verkehr gleichzeitig genutzt werden. Zu dem gesetzten Ziel und den möglich auftretenden Engpässen auf der Strecke bitten wir Sie um eine Stellungnahme. Abschließend möchten wir noch einmal festhalten, dass die Verkehrsinfrastruktur das lebenswichtige Rückgrat für unsere Unternehmen und Betriebe bildet. Daher blicken wir aktuell mit Sorge auf eine künftige erhebliche Beeinträchtigung unseres Wirtschaftsstandortes.

III. Stellungnahme der Verwaltung

Der Verwaltung ist diese Thematik bekannt, sie informiert sich ständig über neue Entwicklungen. Da die Situation zwischen den Akteuren verfahren und recht unübersichtlich ist, wird vorgeschlagen in die nächste Sitzung des Technischen Ausschusses einen Verkehrssachverständigen einzuladen, der über die Entwicklung berichtet und für Fragen zur Verfügung steht. Wenn alle Fakten bekannt sind, soll ggf. eine Resolution des Kreistags verabschiedet werden.
